

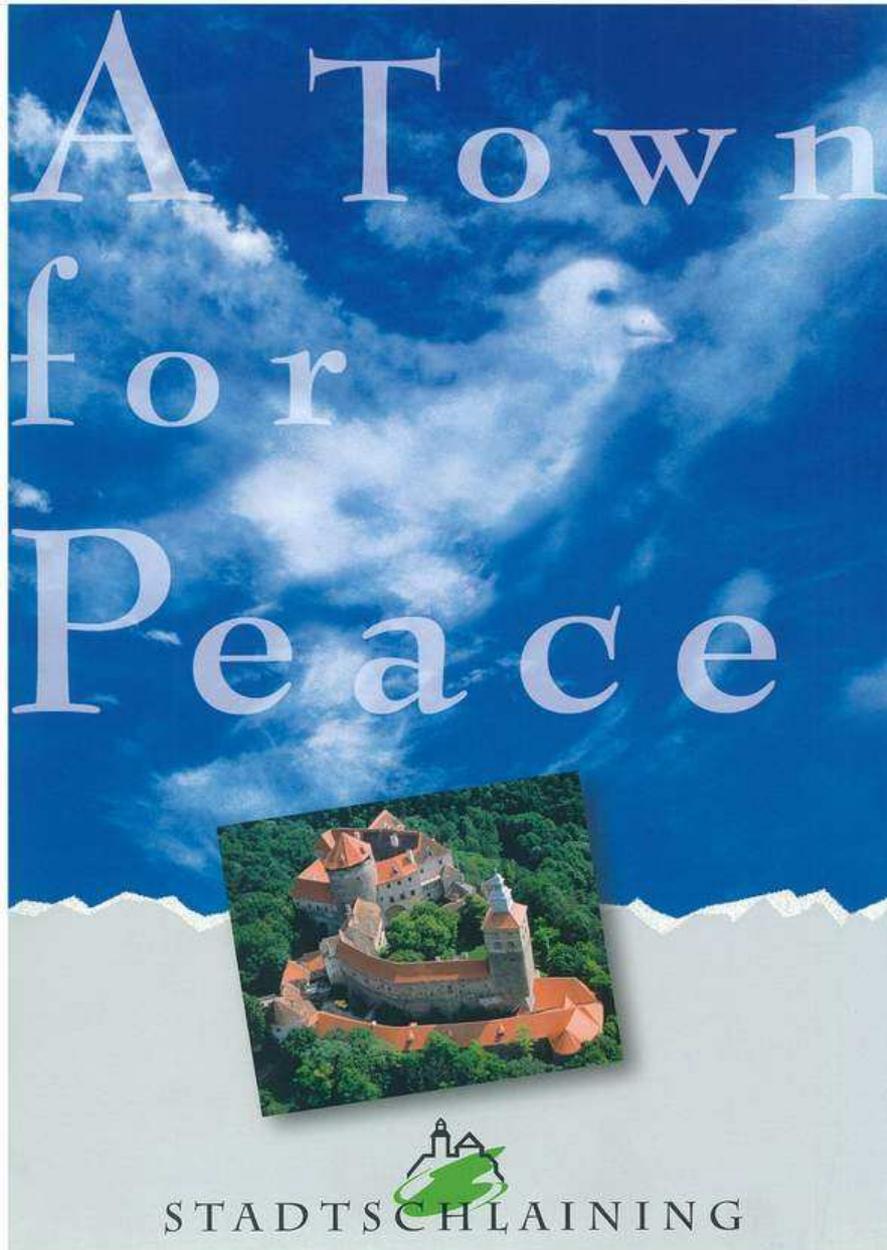


## EPU Research Papers

Issue 03/07

**Chancen und Risiken von NGOs -  
Die Gewerkschaften in Guinea  
während der Unruhen 2007**

**Autor: Adama Sow, Projektkoordination: Ronald H. Tuschl**



## **Inhaltsverzeichnis**

Chancen und Risiken von NGOs - Die Gewerkschaften in Guinea während der Unruhen 2007 .....	3
Was ist eine NGO? - NGOs und ihr Verhältnis zum Staat, zu staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen und zu Institutionen .....	6
NGOs als Friedens- und Stabilitätsstifter .....	12
Gewerkschaften und NGOs – Einflüsse und Wechselwirkungen am Fallbeispiel der Unruhen in Guinea im Januar 2007 .....	15
Die Gefahr der Eskalation des Konfliktes .....	22
Fazit .....	23
Editorial .....	24

## Chancen und Risiken von NGOs - Die Gewerkschaften in Guinea während der Unruhen 2007

Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGO) wird in der aktuellen Debatte um *Global Governance* in der Politikwissenschaft wie auch in der Entwicklungspolitik eine immer größere Rolle zugewiesen. So wurde auch das Bild wie Entwicklungspolitik gestaltet werden soll und inwiefern NGOs Akteure in den internationalen Beziehungen sein können, spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges neu diskutiert.

Bis in die Siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts schien der Nord-Süd-Kapitaltransfer einer der Schlüssel zu einer rasch nachholende Entwicklung nach dem Vorbild der westlichen Industrienationen für die Länder der Dritten Welt zu sein. Die Schlüsselträger für eine Industrialisierung seitens des Staates, da die Gesellschaft nicht über die Mittel einer eigenständigen Entwicklung verfügte, waren Bürokratie und Militär.<sup>1</sup> Dieser Umstand hatte sich jedoch mit der Ölkrise und dem Scheitern vieler ambitionierter Projekte und der darauf folgenden Schuldenkrise in vielen Entwicklungsländern geändert. In vielen dieser Entwicklungsländer kam es zu einer Abkehr von der „*Dependencia-Theorie*“. Zusätzlich gewann die Globalisierung seit den 70iger Jahren immer mehr an Relevanz und beeinflusst seitdem in zunehmendem Maße die ökonomischen Entscheidungen maßgeblich. Dies zeigte sich schon in den 80iger Jahren des 20. Jahrhunderts, als es zu einer verstärkten Verflechtung der nationalen Ökonomien mit den globalen Märkten kam und der wirtschaftliche Druck in vielen europäischen Staaten zu einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik führte.<sup>2</sup> Die Globalisierung ging jedoch laut Greven und Scherrer mit einer Schwächung der Souveränität der Staaten des Südens einher.<sup>3</sup> Mit dem Zusammenwachsen der Märkte und dem Ende des Kalten Krieges sind neue Möglichkeiten für die Zivilgesellschaft geschaffen worden, um jenen Freiraum, den

---

<sup>1</sup> Wegner, Roland: Nicht-Regierungsorganisationen als entwicklungspolitische Hoffnungsträger?: eine Studie zur Wirksamkeit privater Entwicklungshilfe auf den Phillipinen, Münster; Hamburg 1993 (Demokratie und Entwicklung; Bd. 10), S.1

<sup>2</sup> Schirm, Stefan: Internationale politische Ökonomie, Baden Baden 2004, S.67

<sup>3</sup> Greven, Thomas & Scherrer, Christoph: Globalisierung gestalten – Weltökonomie und soziale Standarts, Bonn 2005, S.56

selbige in der internationalen Politik hat, auch nutzen zu können. Neben der Macht der Konzerne, die nun die Globalisierung als Chance sehen, um neue Märkte zu erschließen, erkennt die Zivilgesellschaft die Möglichkeit, durch den Ideentransfer politischen Einfluss zu gewinnen, um das Aufbrechen von autoritären Strukturen in aktuellen und ehemaligen Diktaturen zu erreichen.

Im 21. Jahrhundert scheint sich die Zivilgesellschaft und mit ihr die NGOs gegenüber autoritären Strukturen des Staates allmählich durchzusetzen, da es für den Staat immer schwieriger wird, sich mittels des Gewaltmonopols und den Methoden der Medienkontrolle gegenüber der Zivilgesellschaft zu behaupten. Ein Beispiel waren die Ereignisse in der Ukraine im Jahr 2004, wo auf dem ersten Blick der Staat unter dem Protest der „orangefarbenen“ Bevölkerung sich zurückziehen musste, nachdem der „wahre Willen des Volkes“ dem vom Westen unterstützten Präsidenten Wiktor Juschtschenko zum Sieg verhalf. Auch in diesem Prozess waren NGOs in einer aktiven Rolle vertreten. So berichtete der *Guardian*, dass die USA ebenso wie die NGO *Freedom House* und NGOs die von Soros finanziert wurden, mit der Idee der Graswurzelrevolution in der Ukraine erfolgreich waren und somit einen prowestlichen Präsidenten durchsetzen konnten.<sup>4</sup> Die Soros-Foundation arbeitet vor allem in Staaten, die ehemals hinter dem Eisernen Vorhang lagen und versucht mit Programmen zur Förderung der Pressefreiheit und Freiheit des Internets, sowie für die Förderung von ökonomischen Reformen in diesen Ländern aktiv zu werden.<sup>5</sup> Trotz so mancher Kritik an NGOs und ihrer Rolle in verschiedenen Konflikten haben NGOs weitestgehend ein positives Image vorzuweisen. Sie haben sich im öffentlichen Bewusstsein als Reaktion auf die Rückschläge der Entwicklungshilfepolitik als neue und kaum kritisch hinterfragt werdende Träger von Entwicklung profiliert und konnten sich als unentbehrliche Vermittlungsinstanzen zwischen den Ländern des Nordens wie des Südens konzentrieren.<sup>6</sup> Obwohl Robert Hanisch diesen Umstand schon 1995 kritisierte, hat sich auch nun zwölf Jahre nach dieser Feststellung bis heute nichts an diesem Umstand geändert.

---

<sup>4</sup> Traynor, Ian: US campaign behind the turmoil in Kiev in: *The Guardian*, Friday 26. November 2004

<http://www.guardian.co.uk/international/story/0,,1360080,00.html> 15.03.2007

<sup>5</sup> Hoduski-Abbott, Bernadine: *Lobbying for Libraries and the Public's Access to Government Information*, Lanham: Scarecrow, 2003. S. 75

<sup>6</sup> Hanisch, Robert: Aufgaben der Forschung im Bereich der Nichtregierungsorganisationen, in: Ders. & Wegner, Robert: *Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung – Auf dem Weg zu mehr Realismus*, Hamburg 1995, S.7-26

NGOs haben in der Öffentlichkeit weiterhin die Rolle eines neutralen Anbieters der Dienstleistungen in der Entwicklungspolitik inne. Dies ist auch für Unternehmen ein Anreiz mit NGOs zusammenzuarbeiten, um ihr soziales Engagement unter Beweis zu stellen und sich dadurch ein neues Image aufzubauen.<sup>7</sup> NGOs können jedoch auch weiterhin vom Staat unterstützt werden. So gibt es in den privaten Sektor ausgelagerte staatliche Verwaltungseinheiten wie die Kreditanstalt für Wiederaufbauhilfe und andere verwandte Organisationen. Jedoch können diese QUANGOs (Quasi-NGOs) wegen ihrer doch vorhandenen Abhängigkeit vom Staat und der Regierung noch relativ leicht als solche identifiziert werden.<sup>8</sup> NGOs werden oft als Gegenpol und -macht zum etablierten außenpolitischem System der Staaten dargestellt und wahrgenommen, da solche in der Regel NGOs als Kritiker der Globalisierung gelten. Auch wurde vor dem Aufkommen der globalisierungskritischen Bewegung das Global-Gouvernance-Projekt im Wesentlichen eher eindimensional wahrgenommen, welches meist zur Ermöglichung von Problemlösungskapazitäten diente bzw. als Suche nach geeigneten Verfahren zur effektiven Lösung von Kollektivgutproblemen betrachtet wurde. Higgott stellte fest, dass es den frühen Projekten eher um das richtige Management von Problemen als um „Politics“ ging.<sup>9</sup> Laut Günter Metzgers Untersuchung über die Rolle von NGOs auf die Verhandlungen des Multilateral Agreement of Investment (MAI) befänden sich NGOs in einer paradoxen Situation. Demnach müssten sich diese einerseits weiterhin gegen den Verlust demokratischer Steuerungsfähigkeiten behaupten und sollten andererseits ihre Blockademöglichkeiten im internationalen System nutzen.<sup>10</sup> Dies kann durch PR-Kampagnen und durch die Möglichkeit der Mobilisierung der Öffentlichkeit und politischer Funktionsträger für ihre Ziele geschehen, andererseits sind die NGOs auch laut dieser Untersuchung daran interessiert, dass sie sich für eine Etablierung effektiver demokratischer Strukturen auf internationaler Ebene

---

<sup>7</sup> Gartzke, Ulf: Macht und Gegenmacht? - Multinationale Unternehmen und NGOs im Zeitalter der Globalisierung in: Herbert Quandt Stiftung [Hrsg.]: Gedanken zur Zukunft (8)

[http://www.h-quandt-stiftung.de/root/index.php?lang=de&page\\_id=739](http://www.h-quandt-stiftung.de/root/index.php?lang=de&page_id=739) 15.03.2007

<sup>8</sup> Glasgow, Manfred: Zwischen Markt und Staat: Die Nicht-Regierungs-Organisationen in der Deutschen Entwicklungspolitik, S.164 in: Ders. [Hrsg.]: Deutsche und internationale Entwicklungspolitik. Zur Rolle staatlicher, supranationaler und nicht-regierungsabhängiger Organisationen im Entwicklungsprozeß der Dritten Welt, Opladen 1990, S.159-180

<sup>9</sup> Higgott, Richard: Contested globalization: the changing context and normative challenges in: Review of International Studies (2000), 26: S. 131-153, Cambridge

<sup>10</sup> Metzges, Günter: NGO Kampagnen und ihr Einfluss auf internationale Verhandlungen, Baden-Baden 2006, S.193

einsetzen, welche wiederum die Einflussmöglichkeiten der NGOs begrenzen.<sup>11</sup> NGOs sind also in einer Lage, an der weiteren Schwächung des Staates in den internationalen Beziehungen mitzuwirken, laufen aber auch Gefahr, für verschiedene Interessen instrumentalisiert zu werden. Die Problematik an NGOs ist, dass diese nicht von vornherein demokratisch legitimiert sind und auch nicht dazu gezwungen werden können, nach außen hin transparent zu sein. Diese Gefahr ist stets gegeben, insbesondere dann, wenn NGOs beispielsweise in der Entwicklungspolitik Aufgaben übertragen werden, die früher ausschließlich Angelegenheit des Staates waren. Jedoch ist inzwischen auch der Staat daran interessiert, NGOs zu fördern und seine Rolle in der Entwicklungs- wie auch in der Sicherheitspolitik neu zu definieren. So ist laut Leibfried und Zürn innerhalb der OECD ein zunehmender Trend zur Privatisierung als Antwort auf haushaltspolitische Einsparungsmaßnahmen erkennbar, die auch vor Kernkompetenzen des Staates keinen Halt macht.<sup>12</sup> Die Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ermöglicht es den NGOs, von einer Vielzahl von Möglichkeiten und Zugängen Gebrauch zu machen, um auf diese Weise Einfluss auf internationale Prozesse nehmen zu können. NGOs sind einerseits in der Lage, gewisse Themen auf die politische Agenda zu bringen, andererseits sind sie auch imstande zu kontrollieren, ob die auf internationaler Ebene getroffenen Entscheidungen auch umgesetzt worden sind. NGOs nutzen zudem Informationen über staatliche Verstöße gegen internationales Recht und erhöhen dadurch die Verbindlichkeit von Staaten.<sup>13</sup>

### **Was ist eine NGO? - NGOs und ihr Verhältnis zum Staat, zu staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen und zu Institutionen**

Die Definition einer NGO ist in der wissenschaftlichen Literatur umstritten. Eine allgemein akzeptierte Definition von NGOs sowie eine präzise Abgrenzung von anderen Formen der Organisationsbildung haben sich bislang nicht durchgesetzt.<sup>14</sup> Dirk Hansohm argumentiert 1992 in seinem Beitrag zu afrikanischen NGOs über die

---

<sup>11</sup> Ebd. S.193

<sup>12</sup> Leibfried, Stefan & Zürn Michael: Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation in: Dies. [Hrsg.]: Transformation des Staates?, Frankfurt am Main 2006, S.19-65

<sup>13</sup> Take, Ingo: Weltgesellschaft und Globalisierung in: Schieder, Siegfried & Spinder, Manuela [Hrsg.]: Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S.253-278

<sup>14</sup> Wegner, Roland: Nicht-Regierungsorganisationen als entwicklungspolitische Hoffnungsträger?, S.6

unterschiedliche Verwendungsbreite des Begriffes NGO.<sup>15</sup> Dabei gilt es auch, die differenzierten Ausprägungen von NGOs in ihrem Umfeld zu berücksichtigen. Die Anzahl der NGOs ist weltweit sehr unübersichtlich und es liegen zu den verschiedenen Ländern nicht allgemein anerkannte und absolute Zahlen vor. Anhand der Anzahl jener bei der UNO akkreditierten NGOs lässt sich allerdings schon aufgrund der steigende Quantität eine zunehmende Bedeutung der NGOs in den internationalen Beziehungen erkennen. So waren in den späten 40iger Jahren rund 40 NGOs bei der UNO akkreditiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Anzahl der NGOs, welche bei der UNO akkreditiert waren, von 1948 bis 1992 von 40 auf 744 an. Erst danach sollte sich diese erneut von 744 innerhalb von nur 13 Jahren bis 2005 auf 2614 erhöhen. Alleine 1999 kamen über 400 NGOs hinzu, die von der UNO akkreditiert wurden.<sup>16</sup>

Eine NGO muss, um von der UNO anerkannt werden, verschiedene organisatorische Kriterien erfüllen. NGOs müssen einen Hauptsitz aufweisen, ebenso über ein ausführendes Organ mit einem Vorstand verfügen. Ferner wird von den NGOs erwartet, dass diese über eine demokratische Satzung verfügen, welche die Festlegung von Richtlinien durch ein repräsentatives Gremium sichert, sowie eine Autoritätsperson, die das Recht hat, deren Mitglieder zu repräsentieren. Weiterhin verlangt die UNO von den NGOs, dass diese auch Kriterien erfüllen, welche unter anderem „internationales Ansehen“ und „eine unabhängige Steuerung“ umfassen.<sup>17</sup> Mittels der Anerkennung durch die UNO hat eine akkreditierte NGO mehrere Vorteile gegenüber NGOs, die nur auf nationaler Ebene agieren. Durch den offiziellen Status erlangen NGO-Repräsentanten bestimmte Privilegien innerhalb der UNO und erhalten dadurch Zugang zu Bereichen, wo sie direkt „face to face“ mit Diplomaten und Regierungsvertretern in Verhandlung treten können.<sup>18</sup> Die Akkreditierung der NGOs gemäß den Kriterien der UNO ermöglicht den NGOs, eine bessere und zielgerichtete Lobbyarbeit durchzuführen. So schreibt Cook, dass eine Vertreterin von Amnesty International (ai) berichtete, dass die Gespräche in den Cafeterias mindestens genauso wichtig seien wie die offiziellen Reden, ja sogar inoffizielle Gespräche und Kontakte auf den UNO-Treffen zwischen den NGOs und den

---

<sup>15</sup> Hansohm, Dirk: Afrikanische NGOs – Welche Rolle können sie spielen? In: Nord-Süd aktuell, Jahrgang VI (1992) Nr. 1, S. 105-115

<sup>16</sup> Frantz, Christiane & Martens, Kerstin: Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wiesbaden 2006, S.99

<sup>17</sup> Ebd. S.32

<sup>18</sup> Ebd. S.98

Regierungsorganen eine wichtigere Rolle spielen würden.<sup>19</sup> Auch können Vertreter von Organisationen, die von der UNO anerkannt sind, leichter in andere Länder einreisen. Für Gastgeberländer einer UNO-Konferenz ist es kaum möglich, akkreditierte NGOs die Teilnahme an einer Konferenz zu verweigern, selbst wenn diese mit dem Gastgeberland in einem Interessenskonflikt stehen.

Hardt und Negri bezeichnen die NGOs ihrer Meinung nach als „*möglicherweise bedeutendsten Kräfte der globalen Zivilisationsgesellschaft*“. Sie kritisieren jedoch, dass der Terminus NGO nicht genau definiert ist. Ferner richtet sich ihre Kritik an der Verwendung des Begriffes NGO dahingehend, dass dieser für jede Organisation verwendet wird, die für sich in Anspruch nimmt, repräsentativ und unabhängig von staatlichen Interessen zu sein. Des Weiteren wird NGOs vorgeworfen, dass diese aufgrund ihres Agierens außerhalb des Staates dessen Funktion von unten her aushöhlen würden und auf diese Weise dessen Macht - vergleichbar mit dem globalisierten Kapital - zunehmend beschneiden würden. Hardt und Negri weisen jedoch die Kritik zurück, dass nur NGOs sich außerhalb der Regierung befänden und deshalb der Seite des globalisierten Kapitals zuzurechnen wären.<sup>20</sup> Jedoch wird zumindest der Versuch unternommen, die NGOs in die Gestaltung der Globalisierung mit einzubinden. So hat die WTO seit 2001 in den so genannten „Mittagessen-Dialogen“ damit begonnen, ausgewählte Vertreter von NGOs von Mitarbeitern des Sekretariats der WTO zu informellen Treffen einzuladen, um über ihre Anliegen zu diskutieren. Auch versucht die WTO auf die Anliegen der NGOs einzugehen, um der Kritik der fehlenden Transparenz Rechnung zu tragen und bietet Informationsrunden zwischen der WTO und den NGOs an, innerhalb derer über die offiziellen Ergebnisse berichtet wird. Der IWF lehnte im Gegensatz zur WTO lange Zeit eine Institutionalisierung von Beratungen mit NGO-Vertretern ab.<sup>21</sup>

Wie bereits erwähnt, werden NGOs im öffentlichen Bewusstsein sehr wohl als Gegner der Globalisierung und als Spiegelbild der globalen Zivilgesellschaft betrachtet, die den Interessen der Globalisierung und jener der nach Profit strebenden Konzerne gegenüber stehen. Oftmals wird von einem Kampf der Ersten Welt bzw. den größten Industrienationen gegen die NGOs einerseits und der Staaten der Dritten Welt andererseits gesprochen. Das dabei die Bruchlinien nicht ganz so

---

<sup>19</sup> Cook, Helena: Amnesty International at the United Nations in: Willetts, Peter [Hrsg.]: *The Conscience of the World.* – The Influence of Non-Governmental Organisations in the UN System, London 1996, S.181-213

<sup>20</sup> Hardt, Michael & Negri, Antonio: *Empire – Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main 2002, S.323f

<sup>21</sup> Schirm, Stefan: *Internationale politische Ökonomie*, S.280

einfach verlaufen, wie dieses dualistische Schema veranschaulichen soll, liegt auf der Hand.

NGOs vertreten vielmehr unterschiedliche Interessen, die einander oftmals widersprechen. Sie haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf verschiedene internationalen Verhandlungsprozesse. So setzte beispielsweise die WTO nach dem Scheitern der Verhandlungen von Seattle verstärkt auf den Dialog mit den NGOs. Auch hat die WTO seit 1996 die Öffentlichkeitsfunktion von NGOs offiziell anerkannt.<sup>22</sup> Dabei stellt Günter Metzges 2006 fest, dass die Einflussnahme von oppositionellen NGO-Kampagnen auf internationale Verhandlungen auch scheitern kann. Im Gegensatz dazu kann die Einflussnahme von kooperativen NGO-Kampagnen auf internationale Verhandlungen auch erfolgreich verlaufen. Dabei greifen oppositionelle und kooperative NGO-Kampagnen bei ihrer politischen Einflussnahme auf unterschiedliche Instrumente zurück. Metzgers stellt hierzu die Hypothese auf, dass mehr kooperative als oppositionelle Kampagnen versuchen, durch fundierte Expertisen und durch gute Argumentation ihren Einfluss auf Verhandlungen geltend zu machen.<sup>23</sup>

NGOs und staatliche Organisationen stehen im Falle einer engen Zusammenarbeit immer in einem Spannungsverhältnis. So können NGOs zwar Nutzen aus einer solchen Kooperation ziehen, jedoch ist dabei auch die Gefahr gegeben, dass sie sich dabei in eine gewisse Abhängigkeit begeben. So sind auf der Ebene der Entwicklungspolitik innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sehr wohl kooperative Elemente zwischen NGOs und staatlichen Stellen erkennbar, ohne dass dabei NGOs zu QUANGOs werden. So ist durch eine kooperative Verwaltung der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik die Möglichkeit seitens des Staates gegeben, dass dieser seine Entwicklungspolitik überprüfen kann, wodurch die Relevanz und Zweckmäßigkeit kooperativer Verwaltung auf diese Weise garantiert wird. Dies impliziert auch eine gewisse Subsidiarität der NGOs durch teilweise Aufgabenübertragung seitens des Staates. Für den Staat hat dies wiederum eine Effizienzsteigerung seiner Maßnahmen zur Folge, indem Aufgaben von der

---

<sup>22</sup> Schirm, Stefan: Internationale politische Ökonomie, S.280

<sup>23</sup> Metzges, Günter: NGO-Kampagnen und ihr Einfluß auf internationale Verhandlungen, S.44

Verwaltung an Interessensorganisationen übertragen werden, die durch staatliche Leistungen nicht erfüllt werden können.<sup>24</sup>

NGOs, die sich in zunehmendem Maße mit staatlichen Organen und Institutionen einlassen, laufen allerdings Gefahr ihr Profil zu verlieren. Vor allem für die Wahrnehmung der NGO nach Außen hin kann sich dieser Umstand für deren Arbeit vor Ort negativ auswirken, da einer solchen NGO keine Unbefangenheit mehr zugetraut wird. Immerhin ist gerade die staatliche Unabhängigkeit ein namentliches Kernkriterium von NGOs. Eine völlige Unabhängigkeit der NGOs ist in der Realität jedoch kaum zu finden. Solche Ausnahmen sind unter anderem Amnesty International (ai), Greenpeace und Ärzte ohne Grenzen, die aufgrund ihrer Ziele eine staatliche Einmischung in ihre Arbeit fundamental ablehnen (müssen).<sup>25</sup> Amnesty International agiert nicht alleine, sondern zusammen mit anderen NGOs in einem Verbund. So schreibt Ann Marie Clark, dass ai zusammen mit der International Commission of Jurists (ICJ) kooperiert. Das ICJ ist im Laufe der Zeit für ai ein prominenter Partner geworden, von dessen Zusammenarbeit ai profitiert. Ebenso existiert eine Zusammenarbeit zwischen ai und Human Rights Watch (HRW), sowie mit anderen Organisationen.<sup>26</sup> Schon der Umstand, dass NGOs zusammenarbeiten müssen und dass große NGOs wie ai ebenfalls auf Partner angewiesen sind, zeigt dass NGOs zwar in ihrer Arbeit als alleinige Ansprechpartner wahrgenommen werden, jedoch es nicht möglich ist, dass sie alle Projekte auf einem Gebiet monopolartig durchführen können. NGOs stehen immer in einer gewissen Wechselwirkung zueinander und konkurrieren auch miteinander um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung innerhalb der globalisierten Medienwelt.

NGOs sind auf den Staat in gewisser Weise auch weiterhin angewiesen. Dazu zählen beispielsweise die Sicherheitsgarantien des Staates, im Falle diese in verschiedenen Krisenregionen der Welt agieren. Auch wenn der Staat nicht direkt vor Ort ist, so haben die NGOs zumindest die Garantie, im Falle ihnen etwas zustoßen sollte, dass die Medien von diesem Fall berichten und die staatlichen Einrichtungen auf diese Weise zu einer Intervention zwingen. Auch versuchen NGOs staatliche Einrichtungen durch Lobby- und Medienarbeit zu politischem Handeln zu bewegen.

---

<sup>24</sup> Uckermann, Helga: Gewerkschaften und Dritte Welt – Konzeptionen, Strategien und Standort im System der Nichtregierungsorganisationen, (Diss.) Köln 1996, S.40

<sup>25</sup> Frantz, Christiane & Martens, Kerstin: Nichtregierungsorganisationen (NGOs), S.28

<sup>26</sup> Clark, Ann Marie: Diplomacy of Conscience: Amnesty International and Changing Human Rights Norms, Princeton 2001, S.124

Ingesamt betrachtet ist eine Verschränkung zwischen der Politik der NGOs und der Politik des Staates erkennbar. Ein Beispiel dafür sind die Ereignisse in Somalia 1992. So gab es schon im Dezember 1991 Berichte von einer Hungersnot in diesem Land. Das Internationale Rote Kreuz (IKRK) warnte vor dieser Katastrophe und forderte die Staatengemeinschaft auf, im Rahmen der UNO dagegen vorzugehen. Erst nachdem die New York Times am 19. Juli 1992 auf der Titelseite darüber berichtet hatte, kam eine Medienwelle ins Rollen. Danach begann man verstärkt über dieses Thema zu berichten, wodurch der Ruf der Öffentlichkeit und der politischen Institutionen in Washington nach einer Intervention des Staates lauter wurde. Ebenso forderte der Vorsitzende von CARE International in einem Beitrag im International Herald Tribune vom 4. November 1992, dass die UNO angesichts der durch den Bürgerkrieg heraufbeschworenen Katastrophe in Somalia militärisch intervenieren solle.<sup>27</sup> Dieses Beispiel zeigt, dass durch das Erreichen der Öffentlichkeit in demokratischen Staaten die Regierungen dazu bewegt werden können, in Krisenregionen zu intervenieren, um dort die Stabilität wieder herstellen zu können. Auf diese Weise wurden auch NGOs im Rahmen des „Nation Buildings“ aktiv. Jedoch ist nicht nur der Staat alleine an den Willen der NGOs gebunden, sondern werden auch umgekehrt NGOs vom Staat zur Verantwortung gezwungen. So hatte die USA während des Irak-Krieges unter Powell die Hilfsorganisationen als einen wichtigen Teil des „amerikanischen Kampfteams“ bezeichnet.<sup>28</sup> Durch eine zu enge Verschränkung zwischen dem Staat und den NGOs laufen verschiedene Organisationen in Krisengebieten Gefahr, ihre Unbefangenheit zu beschneiden. Auf diese Weise werden NGOs zunehmend gefährdet und geraten als verlängerter Arm der Besatzungsmacht schnell ins Kreuzvisier. Hinzu kommt noch die Gefahr, dass manche NGOs bewusst oder unbewusst, mit Geheimdiensten zusammenarbeiten, um so leichter an Informationen zu kommen. So teilten beispielsweise italienische Helfer im Irak mit, dass humanitäres Hilfspersonal und NGOs im Irak abgehört worden seien und auch italienische Geiseln berichteten nach ihrer Freilassung, dass auch die irakische Gegenseite genaue Informationen über die Unterwanderung der NGOs besessen hatte.<sup>29</sup>

---

<sup>27</sup> Zangel, Bernhard & Zürn, Michael: Frieden und Krieg, Frankfurt am Main 2003, S.261f

<sup>28</sup> Uessler, Rolf: Krieg als Dienstleistung – Private Militärfirmen zerstören die Demokratie, Berlin 2006, S.171

<sup>29</sup> Ebd. S. 173

NGOs und der Staat stehen also in zunehmendem Maße in einem Wechselspiel des gegenseitigen Nutzens. NGOs sind ein wichtiges Mittel des Staates, um soft-power in Krisenregionen zu nutzen, während westliche NGOs die hard-power der Industrienationen in Anspruch nehmen, um eine gewisse Sicherheit zu erlangen. Auch wenn dabei immer die Gefahr besteht, dass NGOs dabei ihre Unabhängigkeit einbüßen und diese dadurch das „N“ in ihrer eigentlichen Namensgebung „NGO“ verlieren könnten. Islamischen NGOs wurde nach dem 11. September 2001 oftmals vorgeworfen, dass sie Verbindungen zum internationalen Terrorismus und zur al-Qaida besäßen. So können islamische NGOs pro Jahr in etwa mit einem Spendenaufkommen alleine in der arabisch-islamischen Welt von 500 Millionen US\$ rechnen. Auch kooperieren viele islamische NGOs eng mit islamischen Banken. Dabei ist es oft nicht immer transparent, inwieweit islamische NGOs aktiv oder passiv den Terrorismus unterstützen. Dieses Phänomen fand erst nach dem 11. September 2001 in der westlichen Welt Beachtung. Ernstzunehmenden Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens ein Drittel aller islamischen NGOs Verbindungen zu radikalen und terroristischen Gruppierungen unterhalten.<sup>30</sup> Nachdem die Spendenbereitschaft an islamische NGOs aufgrund diverser Vorwürfe gesunken war, sehen arabische Regierungen sehr wohl ein Konfliktpotential, welches durch diese Problematik entstanden ist. So spendet Kuwait direkt an NGOs, um angesichts der sinkenden privaten Spenden die finanziellen Einbußen auszugleichen und auf diese Weise radikalen Islamisten entgegen zu wirken, welche in vielen Staaten ihren innenpolitischen Gegnern vorwerfen, die Debatte um die Verstrickungen islamischer NGOs in terroristische und militärische Aktionen bewusst anzuheizen, um auf diese Weise den religiösen Kräften zu schaden.<sup>31</sup>

## **NGOs als Friedens- und Stabilitätsstifter**

NGOs werden in der Öffentlichkeit oftmals als Friedens- und Stabilitätsstifter betrachtet. Deren Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass in Regionen, wo einst der Staat direkte Entwicklungs- und Aufbauhilfe betrieben hatte, diese fortan selbst zu übernehmen. Dabei erhofft sich der Staat, dass diese Bürde von den NGOs

---

<sup>30</sup> Grundmann, Johannes: Islamische Internationalisten – Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der Islamischen Weltliga, Wiesbaden 2005, S. 101

<sup>31</sup> Ebd. S. 103

kostengünstiger und gezielter durchgeführt werden kann. Dieser Umstand verdeutlicht auch die zunehmende Privatisierung der ehemals staatlichen Entwicklungspolitik. NGOs sind mittlerweile auch neben der direkten Arbeit in der Umwelt/Entwicklungshilfe auch in sensiblen Kernbereichen des Staates wie beispielsweise der Abrüstung und oder militärischen Überwachung aktiv.<sup>32</sup> Die NGOs fungieren zudem als Sprachrohr der Öffentlichkeit, wobei nicht immer eindeutig ist, ob sie diese auch tatsächlich in ausreichendem Maße vertreten. NGOs nehmen unter anderem Aufgaben für gewisse Projekte wahr, darunter eben auch Lobbyarbeit in der Abrüstung. Ziegler argumentiert, dass NGOs ein Minimum an Verwaltungskosten tragen und dass Ideologie bei ihren Entscheidungen eine eher geringe Rolle spielt. Demnach sei für NGOs der Pragmatismus vorrangig.<sup>33</sup>

Das Vorhandensein von NGOs ist ein Ausdruck einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft und trägt dazu bei, dass sich die Öffentlichkeit verstärkt mit Politik beschäftigt. Auf diese Weisung trägt die Globalisierung auch zur Schaffung einer internationalen Agenda und zur Entfaltung einer globalen Zivilgesellschaft bei. NGOs gelten schon seit den 90iger Jahren als Abbild von demokratischen Entwicklungen in geringfügig entwickelten Gesellschaften. Inzwischen sind NGOs auch von demokratietheoretischer Relevanz.<sup>34</sup> NGOs wurden in den 90iger Jahren, als die staatliche Entwicklungspolitik verstärkt ins Schussfeld der Kritik geriet und als internationale Konflikte unter dem Schlagwort „die neuen Kriege“ komplexer wurden, als neue und hilfreiche Akteure entdeckt. NGOs fungieren dabei auch als eine Art „Think-Tank“ und unterstützen staatliche Organisationen durch diverse Kontakte. So hat die Europäische Kommission seit Mitte der 90iger Jahre damit begonnen, einen normativen Diskurs über die zukünftige Rolle dieser Organisationen zu entwickeln.<sup>35</sup> NGOs sind in den „neuen Kriegen“ zu einem moralischen Indikator bei kriegerischen Auseinandersetzungen geworden, indem diese einen Öffentlichkeitsbezug herstellen. Da der Krieg zu einer „Fortsetzung der Moral mit anderen Mitteln“ mutiert ist, hat Beck für das 21. Jahrhundert eine stetig wachsende Anzahl von Pazifizierungs- und

---

<sup>32</sup> Franz, Christiane & Martens, Kerstin: NGOs, S.83

<sup>33</sup> Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München 2005, S.247

<sup>34</sup> Glasgow, Manfred: Mosambikanische NRO und gesellschaftliche Selbstorganisation: Chance und Probleme, in: Hanisch, Rolf & Wegner, Rodger [Hrsg.]: Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungshilfe-Auf dem Weg nach mehr Realismus, Hamburg 1995, S. 141-158

<sup>35</sup> Smismans, Stijin: Europäische Institutionen und Zivilgesellschaft: Diskurse und Interessen in: Finke, Barbara & Knodt, Michèle [Hrsg.]: Europäische Zivilgesellschaft – Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden 2005, S. 105-128

Menschenrechtskriegen prognostiziert.<sup>36</sup> Wie sich schon im Fall Somalia 1991/92 zeigte, haben sich NGOs als Organ der Zivilgesellschaft zu Beratern von Krieg und Frieden entwickelt.

NGOs spielen innerhalb der Friedens- und Entwicklungspolitik in Bezug auf die Stabilität von Staaten eine unmittelbare Rolle. Dabei fungieren diese als soft-power, die es den entwickelten Staaten ermöglicht, direkt vor Ort einen *Failed State* im Rahmen des *Nation Buildings* wieder aufzubauen. Hierfür werden - wie im Falle Afghanistan - Experten aus dem Ausland zugezogen. Dabei zeigt sich allerdings, dass sich beim Aufbau eines Gesundheitswesens eine Zweiklassenbezahlung bemerkbar machte. Ausländische Experten aus dem Norden, welche für Hilfsorganisationen arbeiten, werden in der Regel verhältnismäßig gut entlohnt, wohingegen Angestellte der Regierung relativ wenig verdienen.<sup>37</sup> Dieses führt wiederum zu einer sozialen Schieflage, da einheimisches Personal nur eine marginale Rolle in der Entwicklung ihres Landes spielt und so das nötige Know-how nicht im ausreichenden Maße zur Geltung kommt. Diese Diskrepanz ist nicht nur bei den NGOs vorhanden, sondern auch bei den Institutionen des IWF und der Weltbank. Ziegler merkt dazu kritisch an, dass ausländische Experten, die vor Ort die Aufbauarbeit leisten, viel zu wenig mit den realen Problemen des Landes vertraut sind. So wurden beispielsweise zwischen 1991 und 2001 Strategien für eine Vielzahl von Reformen für Sambia entwickelt, um dieses Land für die freien Märkte anzupassen. Die NGO *Oxfam* veröffentlichte dazu eine Studie, welche die Auswirkungen der Reformen dokumentierte, wobei man zu dem Schluss kam, dass diese Reformen dem Land mehr Schaden als Nutzen brachte. Aufgrund der Kreditabhängigkeit und dem Machtgefälle zwischen IWF und den Ländern der Dritten Welt sieht sich keine Nation der Entwicklungsländer imstande, sich gegen die Übermacht des IWFs zu behaupten.<sup>38</sup> Die NGOs treten hierbei als Partner der jeweiligen Entwicklungsländer gegen den IWF auf, wobei diese oftmals mit den selben strukturellen Problemen zu kämpfen haben wie der IWF. Die Entwicklungsländer sind oftmals auf NGOs angewiesen, um die Probleme ihrer Nationen auf die Agenda der WTO-Runden und anderer internationalen Konferenzen

---

<sup>36</sup> Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2004, S.223

<sup>37</sup> Nick, Beat: Das Gesundheitswesen in Afghanistan, in: Hubert und Co AG [Hrsg.]: Nationbuilding Afghanistan – Beilage zur allgemeinen Schweizer Militärzeitschrift Nr. 7/ 8. Juli 2005, Frauenfeld, S.32-34

<sup>38</sup> Ziegler, Jean: Die neuen Herrscher der Welt, S. 209

zu bringen. NGOs in der Dritten Welt spielen zwar eine gewichtige Rolle, brauchen jedoch ebenfalls die Unterstützung von NGOs aus den Industrienationen. NGOs sind dabei durch die Vernetzung mit lokalen Akteuren oftmals nicht in der Lage, sich ausreichend mit dem Nation Building auseinander zu setzen. Sie dienen dabei meist als Vermittler zwischen der bedürftigen Bevölkerung und den Geberländern. Wie im Falle Somalia verfügen NGOs aus dem Norden über ein entsprechendes Netzwerk, um spezielle Themen auf die politische Agenda zu bringen. Gerade in neu gegründeten Demokratien müssen lokale NGOs einen Lernprozess durchlaufen, um die politischen Strukturen des jeweiligen Landes zu verstehen. So ging für NGOs in Bangladesh dieser Lernprozess mit einer vertiefenden Analyse der Machtstrukturen im Land und auf lokaler bzw. regionaler Ebene einher. Erst später führte diese Studie zur Herausbildung einer organisierten Arbeit mit sozio-ökonomisch-homogenen Gruppen. Die grundlegende Erkenntnis war, dass Gruppenorganisation die Vorbedingung für materielle Güter- und Dienstleistungsangebote darstellt und eine Vorbedingung für politische Mobilisierung bzw. Zugang zu Regierungsressourcen ist.<sup>39</sup> NGOs sind also auch im eigenen Interesse daran interessiert, dass es ihnen gelingt, einen Staat wieder aufzubauen. Ist ein gewisses Mindestmaß an Nation Building erreicht, existiert in den Aufbaugebieten die Möglichkeit entsprechende Politik zu betreiben, sei es um die Entwicklung des Landes zu fördern oder eine Zivilgesellschaft aufzubauen, um auf diese Weise die nötigen Möglichkeiten zu haben, sich in einer pluralistischen Gesellschaft vor Ort zu entfalten.

### **Gewerkschaften und NGOs – Einflüsse und Wechselwirkungen am Fallbeispiel der Unruhen in Guinea im Januar 2007**

Afrika ist für viele NGOs und Entwicklungshilfeprogramme eines der zentralsten Betätigungsfelder. Der Kontinent hat mit einer Vielzahl von Problemen zu kämpfen, wodurch viele Organisationen seit dem Ende des Kolonialismus versuchen, mit den unterschiedlichsten Strategien und ideologischen Konzepten den Rückstand der afrikanischen Staaten gegenüber den Industrienationen aufzuholen. Dabei haben die

---

<sup>39</sup> Jessen, Brigitte: Fremdhilfe und Mobilisierung interner Ressourcen dargestellt am Beispiel der NGO-Arbeit in Bangladesch und Thailand in: Hanisch, Rolf & Wegner, Rodger [Hrsg.]: Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung, S. 45-68

Gewerkschaften seither schon immer eine wichtige Rolle in den einzelnen afrikanischen Staaten gespielt.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in Afrika ist nur unter den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu verstehen, welche von den Kolonialmächten geschaffen wurden. Ihr Beginn und ihre Entstehung kam nur zögerlich in Gang, wobei eine der Ursachen die mangelnde Industrialisierung der afrikanischen Staaten durch die Kolonialmächte war. Schwarze wurden als Wanderarbeiter eingestellt, wodurch man verhinderte, dass sich ein Klassenbewusstsein ähnlich wie bei den Arbeitern in Europa entwickeln konnte. Hinzu kam, dass in den Kolonien lange Zeit keine Gewerkschaften zugelassen waren. So hatte Großbritannien erst in den 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts Gewerkschaften in den Kolonien anerkannt. Dabei kam als Handicap hinzu, dass die Strukturen der Gewerkschaften nach europäischem Vorbild von Europa nach Afrika transferiert und nicht den örtlichen Gegebenheiten angepasst wurden.<sup>40</sup>

Bis heute haben in vielen afrikanischen Staaten die Gewerkschaften mehr oder minder große Freiheiten. Dabei hängt es auch immer von den nationalen Gegebenheiten ab, inwieweit eine Gewerkschaft existieren und frei operieren darf und kann. In einigen Gegenden Afrikas ist der Staat an sich nicht mehr existent wie beispielsweise in Kongo, Somalia, Liberia u.a. Während des Kalten Krieges nahm man im Westen besonders auf die Rolle der Kommunisten in Afrika Bedacht. Hierzu stellte Walter Kolarz 1962 fest, dass von den 40 Millionen Kommunisten weltweit nur etwa 50.000 in Afrika aktiv waren.<sup>41</sup>

Im 21. Jahrhundert hat sich mit dem Ende des Kalten Krieges auch die Rolle der Gewerkschaften gewandelt. So konnte die Zivilgesellschaft zunehmend in den verschiedenen afrikanischen Staaten gestärkt werden. Damit kam auch den Gewerkschaften eine bedeutendere Rolle zu. Die steigende Alphabetisierung der Gesellschaft sowie der Umstand, dass die afrikanischen Bevölkerungen sehr jung sind, sorgt auch im 21. Jahrhundert für ein revolutionäres Klima in vielen afrikanischen Staaten. Laut Samuel P. Huntington sind junge Menschen die

---

<sup>40</sup> Uckermann, Helga: Gewerkschaften und Dritte Welt, S.104

<sup>41</sup> Kolarz, Walter: The Impact of Communism on West Africa in: International Affairs, Vol. 38, No. 2 (Apr., 1962), S. 156-169

Protagonisten von Protest, Instabilität, Reform und Revolution. Historisch fiel immer wieder die Existenz großer Massen von jungen Menschen mit revolutionären Bewegungen zusammen.<sup>42</sup> Durch diesen Umstand entsteht in den Gesellschaften auch neuer politischer Druck von der jungen Generation gegenüber den etablierten Systemen in ihren Heimatländern. Innerhalb der gesellschaftlichen Unruhen, die durch den Druck der jungen Generation verursacht wird, haben Gewerkschaften eine Schlüsselrolle bei den Entwicklungen in solchen Ländern inne.

Gewerkschaften sind keine NGOs im klassischen Sinne, sondern sind eigentlich traditionelle Interessensvertreter der Arbeitnehmer. Gewerkschaften können jedoch Teil von NGOs sein und sich mit ihnen verbünden. Oftmals spielen nicht nur Gewerkschaften, sondern auch NGOs eine aktive Rolle bei nationalen Umbrüchen. Auch die Globalisierung trägt zur Überwindung der nationalen Grenzen der Gewerkschaften bei. Die internationale Gewerkschaftskooperation hat eine lange Geschichte. Schon 1864 gab es ein erstes Zusammentreffen der einzelnen europäischen Gewerkschaften mit dem Ziel einer transnationalen Kooperation. Seit den 60iger Jahren setzte auch im Zuge der Globalisierung der Konzerne eine verstärkte, internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften ein. Mit dem Aufkommen des Internets wurde die Möglichkeit einer transnationalen Zusammenarbeit von Gewerkschaften massiv vereinfacht.<sup>43</sup> Gewerkschaften und NGOs arbeiten dabei gerade in der Globalisierungskritik eng miteinander zusammen. So sind viele Gewerkschaftsmitglieder auch Mitglieder der globalisierungskritischen NGO ATTAC. Auf diese Weise ergibt sich eine Kooperation zwischen NGOs und Gewerkschaften, da sie dieselben strategischen Ziele verfolgen.

Im Januar 2007 kam es im westafrikanischen Staat Guinea zu Unruhen und Protesten gegen die Regierung von Lansana Conté, der das Land seit 1984 ununterbrochen regiert. Am 27. Januar schlossen die beiden wichtigsten guineischen Gewerkschaften CNTG und USTG, welche die Massenproteste anführten, ein Abkommen mit dem Präsidenten und ehemaligen Militär Lansana Conté, das die Ernennung eines „Premierministers des Konsenses“ vorsah. Diese Kompromissformel sollte nach Auffassung der meisten Beteiligten jedoch eine faktische Machtübergabe an eine Übergangsregierung besiegeln. Diese sollte demokratische Wahlen vorbereiten und für die Erfüllung der sozialen und

---

<sup>42</sup> Huntington, Samuel: Kampf der Kulturen, München 1998, S.182

<sup>43</sup> Greven, Thomas & Scherrer, Christoph: Globalisierung gestalten, S.114f

wirtschaftlichen Mindestforderungen der Streikenden verantwortlich sein.<sup>44</sup> Die kanadische Online-Zeitung IFEX berichtete im Februar 2007 über diesen Fall, wobei von Repressionen auf Journalisten von Seiten der Regierung berichtet wurde.<sup>45</sup> Das IKRK vermeldete laut der Nachrichtenagentur REUTERS am 22. Februar 2007, dass die Gewerkschaften in Guinea von der Regierung ein Ende des Ausnahmezustandes verlangten. Kurz darauf meldete das Internationale Rote Kreuz 51 Tote und 1039 Verletzte als Folge der dortigen Unruhen.<sup>46</sup> Das Europäische Parlament hatte am 15. Februar 2007 eine Resolution verabschiedet, in der das Verhalten der Regierung Conté und des Militärs scharf verurteilt wurde. Es forderte die Regierung von Guinea auf, den verhängten Ausnahmezustand sofort aufzuheben. Die Verantwortlichen für die Toten während der Unruhen sollten laut der Resolution des Europäischen Parlamentes von der Regierung vor Gericht gestellt werden. Ebenso wurde gefordert, dass alle Gefangenen freigelassen werden und die Menschenrechte von der Regierung eingehalten werden sollen.<sup>47</sup> Zeitgleich zur Initiative des Europäischen Parlaments hatten auch Gewerkschaften und NGOs in Frankreich dazu aufgerufen, die Vorkommnisse in Guinea scharf zu verurteilen. So forderte am 6. März 2007 die französische Gewerkschaft CNT die französische Regierung auf, dass diese die Regierung Conté für ihre Taten umgehend verurteilen solle.<sup>48</sup> Die Ereignisse in Guinea schlugen vor allem in Frankreich große Wellen, da das Land als ehemalige Kolonialmacht und als enger Handelspartner Guineas gilt. In einem Aufruf der Solidarität mit den Gewerkschaften in Guinea unterzeichneten viele französische Organisationen und Gewerkschaften eine entsprechende Resolution zur Beendigung der Unruhen<sup>49</sup>, darunter befand sich auch ATTAC Frankreich, das sich

---

<sup>44</sup> Schmid, Bernhard: Guinea: Internationale Solidarität mit dem (weitgehend siegreichen) Generalstreik in: trend online Zeitung 03/07

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0307/t250307.html> 16.03.2007

<sup>45</sup> IFEX: Two radio station employees released; RSF calls for lifting of state of siege after week-long news blackout

<http://www.ifex.org/en/layout/set/print/content/view/full/81267/> 16.03.2007

<sup>46</sup> Reuters: Guinea - ICRC Bulletin No. 01/2007

<http://www.alertnet.org/thenews/fromthefield/220224/94d8e89494d0cec7787f362fad44fb1d.htm>

16.03.2007

<sup>47</sup> Le Parlement européen : Résolution du Parlement européen sur la Guinée TEXTES ADOPTES au cours de la séance du jeudi 15 février 2007 P6\_TA-PROV(2007)02-15 EDITION PROVISOIRE PE 385.010 P6\_TA-PROV(2007)0057Guinée(B6-0049, 0050, 0055, 0062, 0063 et 0064/2007)Résolution du Parlement européen sur la Guinée

<sup>48</sup> CNT: Manifestation sur la Guinée à Grenoble 7. März 2007

<http://www.cnt-f.org/international/spip.php?article79> 16.03.2007

<sup>49</sup> Guinée: Silence sur les tueries, black out sur la solidarité !

[http://www.millebords.org/article.php3?id\\_article=5612](http://www.millebords.org/article.php3?id_article=5612) 16.03.2007

am 16. Februar 2007 mit den protestierenden Gewerkschaften in Guinea solidarisch erklärt hatte.<sup>50</sup> Wie dieser Fall verdeutlicht, sind NGOs sehr rasch imstande, auf staatlichen Institutionen einzuwirken und - wie im Falle Frankreich - zwischenstaatlichen Druck auf Guinea auszuüben, um auf diese Weise das Unterlassen eines Verhalten einzufordern, das nicht den ethischen Normen und Werten der westlichen Welt bzw. von jenen NGOs entspricht. Dabei kommt den NGOs zugute, dass zwischen Frankreich und Guinea ein Machtgefälle vorhanden ist, das gegen die guineische Regierung nutzbar gemacht werden kann. Anhand dieses Fallbeispiels zeigt sich auch die Macht, welche die NGOs innehaben, wobei diese in jenem Sinne von Max Weber zu verstehen ist, wonach innerhalb einer sozialen Beziehung ein Wille auch gegen den Widerstand eines Anderen durchsetzbar sein kann. Die deutsche Organisation AGA e.V, sowie auch die Organisation Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. ließen eine Pressemitteilung herausgeben, wonach 118 Menschen seit dem Beginn des unbefristeten Streiks am 10. Januar 2007 von der Militärdiktatur des Präsidenten Lansana Conté ermordet worden sind. Des weiteren berichteten die Gruppierungen, dass die Militärdiktatur seit dem 12. Februar eine Ausgangsperre verhängt hat und seitdem die Menschenrechte der Bevölkerung missachtet - Frauen werden vergewaltigt, Menschen ermordet.<sup>51</sup> Diese Vereine sind wiederum in ein Netzwerk eingebettet, welches sich „Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ nennt. Dieses Netzwerk setzt sich aus Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen von Flüchtlingen und MigrantInnen zusammen, das sich Antiimperialismus und Antirassismus als Ziel gesetzt hat.<sup>52</sup> Für diese Organisationen gab es nur die Möglichkeit, ihre Botschaft über die Presse und über Demonstrationen in Deutschland zu vermitteln. Wie anfangs schon erwähnt, haben es hingegen NGOs, die von der UN anerkannt wurden, deutlich leichter, ihre Positionen an die politischen Entscheidungsträger heranzutragen.

Gewerkschaften fungieren oftmals als politische Entscheidungsträger, um mit dem Staat zu kooperieren. Während der Unruhen verkündete laut REUTERS Louis

---

<sup>50</sup> attac france: Grain de Sable n°564 - 16 février 2007  
<http://www.france.attac.org/a6901> 16.03.2007

<sup>51</sup> Presseerklärung des Vereins Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e.V. von 15.2.2007  
<http://thevoiceforum.org/node/442> 19.03.07

<sup>52</sup> über die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen  
<http://thecaravan.org/uberuns> 19.03.07

Mbemba - Chef der Gewerkschaft der Lehrer in Guinea (SNECG) -, dass die Gewerkschaft statt eines erhofften Regierungswechsels und einer damit verbundenen Reform des Systems, nur einen Vertreter der alten politischen Klasse zugesichert bekam, wobei die SNECG nicht jenen Gewerkschaften angehört, die die Demonstrationen mitgetragen und organisiert hatten.<sup>53</sup> Jedoch versuchen im Zuge der Unruhen auch weitere NGOs mit ähnlichen Zielen wie die SNECG zu agieren, um sich auf diese Weise auf internationaler Ebene mehr Gehör zu verschaffen. Dabei bedienen sie sich meinungsbildenden Agenturen wie REUTERS, um so schneller ihre Botschaften verbreiten zu können, selbst dann wenn sie nicht wie die SNECG als Hauptakteur auftreten.

Die guineischen Gewerkschaften *Workers' Confederation (CNTG)*, *USTG*, *Guinean National Free Trade Union Organisation (ONSLG)* sowie *Guinean Workers' Democratic Union (UDTG)* kündigten an, sich die Macht in Guinea teilen zu wollen während Präsident Conté an die Justiz ausgeliefert werden sollte. Dabei wird seitens der Gewerkschaften auch darauf hingewiesen, dass sie über die Stärke verfügen würden, grundlegende Veränderungen im Land durchzusetzen. Die NGO *Human Rights Watch (HRW)* berichtete unterdessen über die Ereignisse in Guinea und prangert dabei an, dass die Regierungstruppen während der Unruhen sich an der Zivilbevölkerung vergehen könnten.<sup>54</sup> Hier zeigt sich, dass während die Gewerkschaften sich vor allem auf die nationale Ebene konzentrieren, sich HRW hingegen auf der internationalen Ebene zu artikulieren versucht. Durch die Warnung, dass die guineischen Regierungstruppen während den Unruhen sich an der Zivilbevölkerung vergehen könnten, ergreift HRW als NGO aktiv Partei gegen die Regierung in Guinea und weist auf diese Weise die internationale Staatengemeinschaft darauf hin, dass massiver Handlungsbedarf herrscht. Dabei wendet HRW eine klassische Strategie an: Da eine NGO über keine herausragenden Droh- und Verhandlungspotentiale verfügt, ist diese stattdessen auf eine diskursive Strategie angewiesen.<sup>55</sup> Hierbei lässt sich wie bei Metzgers feststellen, dass sich HRW der Strategie der Beeinflussung der öffentlichen Meinung bedient, um die internationale Staatengemeinschaft zur Intervention in Guinea aufzufordern. So

---

<sup>53</sup> Saliou Samb: Protest in parts of Guinea after new premier named 10 Feb 2007  
<http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L10546570.htm> 19.03.07

<sup>54</sup> GUINEA: Unions Force Change in: Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series 44 (1), (2007) 16919A–16921C.

<sup>55</sup> Metzgers, Günter: NGO-Kampagnen und ihr Einfluß auf internationale Verhandlungen, S.37

appelliert die NGO unmittelbar an die guineische Regierung, dass diese die *International Covenant on Civil and Political Rights* (ICCPR), welche das Land 1978 unterzeichnet hat, einhalten soll.<sup>56</sup> HRW versucht auf diese Weise indirekt mit der Macht der internationalen Verträge die Regierung unter Druck zu setzen und damit ihr Ziel der Förderung und Sicherung der Menschenrechte in Guinea zu forcieren. Am 17. Januar 2007, d.h. knapp einen Monat vor der Resolution des europäischen Parlamentes zu Guinea, veröffentlichte HRW einen weiteren Bericht zur Lage im Land.<sup>57</sup> Dabei wurde auf das Verhalten der Sicherheitskräfte gegenüber den Demonstranten hingewiesen. Die Organisation HRW handelt in diesem Falle indirekt als Akteur innerhalb der Unruhen, ergreift auf diese Weise direkt Partei gegen die Regierung und nutzt ihre *soft-power*, um diese dazu zu bewegen, die Demonstrationen nicht mit dem Mittel der Gewalt zu zerschlagen.

Die NGO nutzt hierdurch ihr Netzwerk von Aktivisten in den Industrienationen, um auf öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen, um internationalen Druck auf die Regierung Guineas auszuüben. Die Resolution des Europäischen Parlamentes erwies sich in diesem Zusammenhang für HRW als äußerst hilfreich. Selbst dann wenn das europäische Parlament über keine direkten Möglichkeiten verfügt, die Regierung in Guinea zum Einlenken zu bewegen, so dürfte in jedem Falle ein Zeichen sowohl für die EU-Kommission als auch für die europäischen Nationen gesetzt werden, sich in den schwelenden Konflikt einzuschalten. Durch das Machtungleichgewicht zwischen der EU und Guinea, welches deutlich zugunsten der Europäischen Union liegt, besteht zudem die Möglichkeit, die guineische Regierung zum Einlenken zu bewegen, um auf diese Weise den Gewerkschaften entgegenzukommen. Dabei könnte sich auch die Lobbyarbeit von ai als hilfreich erweisen, die erst jüngst über Guinea berichtete, dass es dort vor kurzem zu Menschenrechtsverletzungen gekommen sei. So heißt es in einem ai-Bericht zu Guinea aus dem Jahre 2006: *„Im November setzte die Polizei Berichten zufolge übermäßige Gewalt gegen Oberschüler ein, die in Télémélé, 250 Kilometer nördlich der Hauptstadt Conakry, einen Protestmarsch gegen den Lehrermangel organisiert hatten. Zwei Schüler wurden dabei getötet, eine dritte Person, die angeschossen worden war, starb später im Krankenhaus.“*<sup>58</sup> Auch wenn dieser Fall nicht direkt mit

---

<sup>56</sup> HRW: Guinea: Security Forces Abuse Population Under Martial Law  
<http://hrw.org/english/docs/2007/02/15/guinea15350.htm> 19.03.07

<sup>57</sup> HRW: Guinea: Respect Rights of Demonstrators  
<http://hrw.org/english/docs/2007/01/16/guinea15068.htm> 19.03.07

<sup>58</sup> Amnesty International

den aktuellen Unruhen in Zusammenhang steht, so lässt die Recherche von ai zumindest erkennen, dass die Regierung des Landes die Polizei offensichtlich dazu instrumentalisiert, um Proteste schnell zu zerschlagen und dabei nicht vor dem Einsatz von massiven Gewaltmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung zurückschreckt. Derartige Fälle wurden auch von offiziellen Institutionen in den Industrienationen aufgegriffen und thematisiert.<sup>59</sup> Derartige Berichte haben als weitere Konsequenz zur Folge, insbesondere dann, wenn solche in kurzen Zeitabständen publiziert werden, dass weiterhin Druck auf die politischen Entscheidungsträger in Guinea ausgeübt wird. Auf diese Weise erhoffen sich zahlreiche einflussreiche NGOs, die guineische Regierung zum Rücktritt oder zur Abwahl zu zwingen. Die Chance, dieses Ziel zu erreichen dürfte durch weitere Allianzen und Kooperation zwischen französischen, guineischen und internationalen Organisationen wie ai und HRW noch weiter erhöht werden, zumal letztere aufgrund ihrer besseren Beziehungen zu TV-Sendern und Printmedien einen noch größeren Einfluss auf die mediale Öffentlichkeit geltend machen können.

### **Die Gefahr der Eskalation des Konfliktes**

Ein weiteres Problem ist die unsichere geopolitische Lage, in der sich Guinea befindet. Das Land grenzt an Liberia und Sierra Leone im Süden, sowie an die Elfenbeinküste im Osten. Im Senegal operieren Rebellen in Casamance, einer Grenzregion zu Guinea. Diese Rebellion könnte bei der derzeitigen instabilen Lage auf Guinea übergreifen. Die Elfenbeinküste ist durch die ethnozentristische Politik nach wie vor zweigeteilt, wodurch die Gefahr einer Eskalation des Konfliktes wie im Jahre 2005 noch immer vorhanden ist.<sup>60</sup> Aufgrund der historischen Verbindungen zwischen den USA und Liberia und der US-amerikanischen Stabilisierungspolitik in Liberia, sind die USA von vornherein an einer Deeskalation der Lage in Guinea interessiert. Dabei warnt die *Internationale Crises Group* davor, dass die Unruhen in

---

<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/11187ac7f01e4042c12571a8004aef49?OpenDocument> 19.03.07

<sup>59</sup> The Guinea Mission of the U.S. Agency for International Development: Case Study: APEAE Acts to End Teacher Shortage, 4.10.2006

[http://www.usaid.gov/gn/news/2006/061004\\_case\\_study/index.htm](http://www.usaid.gov/gn/news/2006/061004_case_study/index.htm) 19.03.07

<sup>60</sup> Zu den Unruhen und die Rolle des Ethnozentrismus in diesem Konflikt siehe:

Sow, Mamadou Adama: Ethnozentrismus als Katalysator bestehender Konflikte in Afrika südlich der Sahara, am Beispiel der Unruhen in Côte d'Ivoire

<http://www.aspr.ac.at/epu/research/Sow.pdf> 19.03.2007

Guinea dazu führen könnten, auch die Nachbarländer erneut zu destabilisieren.<sup>61</sup> Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass mit einem zunehmendem Abgleiten des Landes in das Chaos und in die Gewalt, das Risiko für eine Machtübernahme durch das Militär erhöht wird, falls sich die instabile Lage nicht mehr eindämmen lässt und die politischen Ziele in den Hintergrund treten.<sup>62</sup>

## Fazit

Als Fazit dieser Untersuchung lässt sich festhalten, dass NGOs als Akteure innerhalb von internationalen Konflikten zwar nicht immer unmittelbar, jedoch zumindest mittelbar agieren. NGOs handeln zwar weitestgehend unabhängig von der Regierungspolitik, jedoch verhalten sie sich keineswegs unpolitisch und versuchen sehr wohl Politik zu betreiben. Dabei sind NGOs und politische Instanzen zumeist in ein großes Netzwerk von Institutionen und anderen Organen eingebettet, welches es ihnen ermöglicht, einen beachtlichen Einfluss auf politische Entscheidungsträger auszuüben. NGOs dienen dabei als Brücke zwischen Grassroots und der Politik auf höherer Ebene demokratischer Staaten. Zudem lässt sich festhalten, so wie im Falle der Unruhen in Guinea bereits geschildert, dass NGOs versuchen, in demokratischen Staaten, die eine enge Beziehung zu dem Zielland haben, in Kooperation mit anderen NGOs ähnlicher Zielrichtung zu treten. Als hilfreich erweisen sich dabei internationale Medien, um einen politischen und moralischen Druck auf die jeweilige gegnerische Seite auszuüben.

Auch wenn die Zielsetzungen von NGOs oftmals zu begrüßen sind, ist jedoch immer noch das Problem der fehlenden demokratischen Legitimation gegeben. NGOs verfügen zwar in der Regel nicht über eine hard-power, jedoch lassen sich NGOs aufgrund ihrer Heterogenität und ihrer Angewiesenheit auf Verbündete und Kooperationspartner leicht für andere Interessen missbrauchen.

---

<sup>61</sup> FR: CHRISTINE D'ANNA-HUBER: Schwelende Unruhen in Guinea gefährden ganz Westafrika 21.2.2007 [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1079239](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1079239) 19.03.2007

<sup>62</sup> Daase, Christopher: Krieg und politische Gewalt: Konzeptionelle Innovation und theoretischer Fortschritt, S.191 in: Hellmann, Günther; Wolf, Klaus-Dieter; Zürn, Michael [Hrsg.]: Die neuen Internationalen Beziehungen, Baden-Baden 2003, S.161-208

## **Editorial**

Tuschl, Ronald H. (Projektkoordinator)/Adama Sow (Autor), Chancen und Risiken von NGOs - Die Gewerkschaften in Guinea während der Unruhen 2007, EPU Research Papers, Issue 03/07, © European University Center for Peace Studies (EPU), Stadtschlaining/Austria 2007.